

# Arena

Zusammenfassung: Brigitte Mader und Theodora Peter

## Staatliche Kommunikation – Wo beginnt die Manipulation?

- Verwaltung: **Max Friedli**, Direktor Bundesamt für Verkehr  
**Oswald Sigg**, Informationschef, VBS
- Politik: **Martine Brunschwig Graf**, Staatsrätin Kanton Genf, Nationalrätin  
**Monika Dusong**, Staatsrätin Kanton Neuenburg  
**Maximilian Reimann**, Ständerat Kanton Aargau
- Medien: **Josefa Haas**, Leiterin Unternehmenskommunikation, SRG SSR idée suisse  
**Max Frenkel**, Kolumnist NZZ am Sonntag
- Wirtschaft: **Kuno Hämisegger**, Delegierter für Public Affairs Schweiz, Schweiz. Bankiervereinigung  
**Walter P. von Wartburg**, Kommunikationsberater, Law&Life Sciences
- Moderation: **Urs Leuthard**, Leiter Arena SF DRS

Mit einem aktuellen Beispiel lanciert Moderator Urs Leuthard die Diskussion:

Am ersten Tag des EPA-Kolloquiums hatte nämlich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) – nach irreführenden Angaben in ausländischen Medien - einen Teil der Liste mit Flugzeugen, die ein Landeverbot in der Schweiz haben, veröffentlicht. Dass das BAZL eine solche Liste führt, war nach dem Absturz eines Flugzeuges der ägyptischen Flash Airlines bekannt geworden. „Ist die Art, wie das BAZL bisher kommuniziert hat, die ideale Kommunikation?“ will Moderator Urs Leuthard von Max Friedli wissen, der dem BAZL interimistisch vorsteht.

Friedli verneint. „Dies ist kein Musterbeispiel einer klaren, eindeutigen Kommunikation.“ Man müsse verstehen, dass man sich hier in einem Spannungsfeld befindet. Nationale Interessen, Datenschutz und haftungsrechtliche Aspekte in der Schweiz sowie die internationalen Abkommen zwischen verschiedenen europäischen Luftfahrtämtern müssten sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Und: „Wir müssen aufpassen, dass die Schweiz nicht von diesem Gremium ausgeschlossen wird“. Sollten künftig weitere Namen von Flugzeugen, die auf dieser Liste sind, veröffentlicht werden, wolle das BAZL dies wenn nötig richtig stellen, kündigt Max Friedli an. Dies sei in Absprache mit dem Departementschef und aus Gründen der Rechtssicherheit so entschieden worden.

Das BAZL habe also auf öffentlichen Druck reagiert und werde dies auch weiterhin so handhaben, fasst Urs Leuthard zusammen.

Sobald die rechtlichen Abklärungen vorgenommen seien und das BAZL auch Rücksprache mit der ECAC, der Tochterorganisation der internationalen Vereinigung der Luftfahrt genommen habe, werde das BAZL definitiv entscheiden, ob alle Namen der unsicheren Flugzeuge veröffentlicht würden, stellt Max Friedli in Aussicht. Man dürfe dabei nicht vergessen, dass es sich bei den Inspektionen von Flugzeugen um eine Momentaufnahme handle, welche mit einer Polizeikontrolle auf der Strasse vergleichbar sei. „Zuerst schaut man, ob der Pilot alle Unterlagen hat und ob das Flugzeug auf den ersten Blick in Ordnung scheint.“ Mängel bei unsicheren Flugzeugen könnten im Lauf der Zeit durchaus behoben worden sein. Max Friedli wäre es jedoch auch lieber gewesen, entweder nichts zu sagen oder alles auf den Tisch zu legen.

„Was hat Sie daran gehindert?“ hakt Urs Leuthard nach.

Laut Max Friedli hatte die ECAC interveniert, als das BAZL bekannt gab, 23 Flugzeuge befänden sich auf dieser schwarzen Liste. Sie wollte wissen, ob sich die Schweiz selber von diesem internationalen Luftfahrtabkommen ausschliessen wolle. Die Juristen hätten zudem vor hohen Schadenersatzforderungen gewarnt. Hier befinde man sich in einem Zielkonflikt.

„Juristen sind die grossen Informationsverhinderer“, schaltet sich Walter P. von Wartburg ein, der selber Jurist ist. Zuerst solle man den gesunden Menschenverstand walten lassen, und erst im Streitfall die rechtlichen Abklärungen vornehmen, fordert er.

Die Frage von Urs Leuthard, ob sich gesunder Menschenverstand und die rechtlichen Aspekte nicht widersprüchen, bejaht Walter P. von Wartburg. Er beruft sich dabei auf seine Erfahrungen aus der Industrie, wo das „Normalempfinden“ häufig von den Juristen aus wettbewerbsrechtlichen oder strategischen Gründen zerpflückt werde. „Und dann sagt der arme Kommunikationsmensch am Schluss gar nichts, weil er denkt, er werde von den Juristen überfahren.“

*"Juristen sind die grossen Informationsverhinderer." (Walter P. von Wartburg)*

So einfach sei dies nicht, interveniert Max Friedli. Vorwürfe seien schnell gemacht, wenn die Schweiz als Folge der Veröffentlichung der Liste von diesem Abkommen ausgeschlossen würde oder der Steuerzahler die Schadenersatzforderungen berappen müssten. In einem Gross-Unternehmen sei so etwas manchmal einfacher.

VBS-Informationsschef Oswald Sigg meldet sich zu Wort. „Es gibt sehr ungemütliche Situationen, wenn man kommunizieren sollte und aus rechtlichen, vertraglichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht kann“, schildert er seine Erfahrungen. Er fragt sich, ob in einem solchen Fall nicht eine Indiskretion - nicht aus dem BAZL, sondern ausserhalb des Departements - die Lösung oder sogar die Erlösung gewesen wäre.

Max Friedli räumt ein, früher auch schon einmal zu diesem Mittel gegriffen zu haben. „Dieses Instrument sollte man allerdings nur in ausserordentlichen Fällen einsetzen.“ Zum vorliegenden Fall sagt Max Friedli: „Es geht hier um eine klassische Rechtsgüterabwägung.“ Der Schaden für die Sicherheit in der Luft und für das Land gelte es abzuwägen. Zu gegebener Zeit werde kommuniziert – ohne Indiskretion.

"Indiskretionen sind also ein Instrument, über das man auch spricht. Auch im Kanton Genf?" leitet Urs Leuthard zu Martine Brunschwig Graf über.

Ce n'est pas la question, répond-elle. Elle revient sur la question de la manipulation qui est le sujet de ce débat: "l'instrument de la manipulation dans l'information c'est aussi la fuite, les petites informations sous couvert d'anonymat." Cela peut venir de partout, y compris des magistrats ou de fonctionnaires. Dans un tel cas la presse devrait se demander pourquoi on lui a donné cette information. Depuis le 1<sup>er</sup> mars 2002 Genève connaît le principe du droit à l'information (Öffentlichkeitsprinzip) grâce à l'introduction d'une base légale exigeante. Il y a des conséquences positives, mais aussi négatives parfois, constate Martine Brunschwig Graf, car les seules informations qui intéressent les médias sont souvent celles qui ne peuvent pas être données.

Nun waren die Medien angesprochen. Denn: Es seien die Medien gewesen, die im Fall der schwarzen Liste den Druck auf das BAZL aufgebaut hatten, stellt Urs Leuthard fest.

Als Medienvertreter müsse er eigentlich glücklich sein über das Votum von Max Friedli zum Thema Indiskretion, sagt Max Frenkel. In Wirklichkeit sei dies aber „die Demonstration des totalen Zerfalls der Kultur der öffentlichen Verwaltung“, wenn man von Indiskretionen als Mit-

tel der Information spreche. Max Frenkel ist im konkreten Fall überrascht, wie selbstverständlich der Ruf nach der Veröffentlichung dieser Liste aufgenommen worden sei. „Das öffentliche Interesse verlangt, dass ich sicher fliegen kann.“ Dies sei gegeben, weil die unsicheren Flugzeuge ja mit einem Landeverbot belegt seien. Er sieht deshalb keinen Grund, weshalb das BAZL nicht einfach sagen konnte: No comment. Ein öffentliches Interesse besteht für ihn in diesem Fall nicht, vielmehr handle es sich hier um „öffentliche Neugier“.

„Ist das öffentliche Interesse für Sie gegeben?“, fragt Urs Leuthard Josefa Haas.

*„Als Unternehmenssprecherin bin ich sehr allergisch gegenüber Indiskretionen.“  
(Josefa Haas)*

Josefa Haas ist aufgefallen, dass es offenbar keine Planung gegeben habe. „Das ist das Schwierige bei unvorgesehenen Fällen.“ Salamtaktik ist für sie keine Lösung. Als Journalistin sei sie oft über Themen informiert worden von Leuten aus der Verwaltung. Für sie sei dies immer mit einem negativen Beigeschmack verbunden gewesen und habe ihr das Bild eines Intrigantenstadels vermittelt. „Das ist nicht souverän.“ Schliesslich habe sie sich jeweils gefragt, was das Interesse der Person sei, die diese Information kolportiere. Meist habe es sich nämlich um irrelevante Informationen gehandelt. Die Aufgabe des Journalisten, der Journalistin sei es, dies heraus zu schälen.

Als Unternehmenssprecherin sei sie „sehr allergisch“ gegenüber Indiskretionen. Das Unternehmen SRG SSR idée suisse sei bemüht, Entscheidungsprozesse so souverän zu gestalten, dass nicht alles politisiert werde. Nach Meinung von Josefa Haas sollte ein Unternehmen ein solches Verhalten - intrigieren und denunzieren – nicht legitimieren, auch wenn dies zum Beispiel bei bestimmten Parteien unterdessen Standard sei.

Monika Dusong est "rassurée" d'entendre de la part des média que "derrière l'information il y a une éthique". S'il y avait une indiscrétion dans son département, elle serait extrêmement sévère. A son avis cela voudrait dire qu'on ne maîtrise plus l'information. Dans la communication de l'Etat on doit tenir compte qu'on n'est pas en train de vendre un produit. « Par exemple dans le département de sécurité : Il y a des intérêts privés prépondérants, qu'on doit protéger. » Ce qui est important pour elle dans ses relations avec les médias c'est: « Ce que je dis c'est vrai. » Il peut arriver qu'elle donne des informations un peu plus vastes pour faire comprendre pourquoi elle ne peut pas dire davantage. « Mais si je commençais à utiliser une indiscrétion cela nuirait totalement à ma crédibilité ».

*„Sie je commençais à utiliser une indiscrétion cela nuirait totalement à ma crédibilité“  
(Monika Dusong)*

Max Friedli bezieht sich in seinem Votum auf die Aussage von Max Frenkel. "Die Verwaltung operiert nicht mit Indiskretionen", stellt er klar. Nach den ersten Berichten in der Sonntagspresse habe er sofort alle involvierten Stellen angewiesen, die betreffende Liste nicht zu veröffentlichen, andernfalls sei mit rechtlichen Schritten zu rechnen. In seinem Statement habe er auf einen Einzelfall vor zehn Jahren angespielt.

Für Max Frenkel war der Anlass für rechtliche Schritte gegeben. „Woher sollte die Sonntagspresse diese Information haben, ausser vom Besitzer einer solchen Liste?“ fragt er sich. „Was haben Sie getan, um herauszufinden, woher sie kam?“

Max Friedli betont, er wisse, wie die Sache abgelaufen sei. Es gebe keine Indiskretion.

Er sei noch eine Erklärung schuldig, bekennt Oswald Sigg, der die Diskussion um die Indiskretionen ausgelöst hat. Er habe eigentlich nur darauf hinweisen wollen, dass „wir Kommunikatoren mit Indiskretionen leben müssen“. Aber: Indiskretionen könnten Straftatbestände

sein, müssten es aber nicht. Sie seien nicht in allen Fällen zu verurteilen. „Es gibt Indiskretionen, die positive Reaktionen auslösen können, die zum Beispiel zu präziseren Informationen oder zu einer sachdienlichen Diskussion führen können.“ Auf jeden Fall negativ zu werten seien Indiskretionen, wenn sie persönlichkeitsverletzend wirkten.

*"Wir Kommunikatoren müssen mit Indiskretionen leben." (Oswald Sigg)*

Urs Leuthard will die Diskussion vom Einzelfall loslösen. Ist die Art und Weise, wie die Kommunikation gelaufen ist, typisch für die Kommunikation in der Bundesverwaltung? Wird bewusst defensiv kommuniziert, abgewartet und dann nachvollzogen oder ist der Fall „schwarze Liste“ ein Einzelfall?, fragt er in die Runde.

Martine Brunschwig Graf rappelle que pour juger un tel cas il faut voir ce qui se serait passé si l'office n'avait jamais rien dit. Et que, par d'autres biais, on apprend un jour qu'il y avait une telle liste et que l'avion de Flash Airlines était sur cette liste. À ce moment l'office doit s'expliquer. Elle n'est pas sûre si c'était la solution. Dans un tel cas, c'est à son avis extrêmement difficile de tenir une ligne déterminée.

Walter P. von Wartburg findet, dass das stückweise Informieren nicht die Regel sein dürfe im Krisenfall, umso mehr „wenn man davon ausgehen muss, dass trotzdem alles rauskommt“. Er begreift deshalb nicht, warum man also nicht von Anfang an „eine überzeugende, selbstbewusstere Haltung einnimmt.“

Zum aktuellen Fall meldet sich noch Maximilian Reimann zu Wort. „Negative Konsequenzen wie Schadenersatzforderungen oder Sammelklagen haben wir auszubaden oder dann der Steuerzahler“, sagt er aus Parlamentariersicht, da ja das Parlament die Oberhoheit über die Verwaltung habe. Seiner Meinung nach hat das BAZL richtig gehandelt, indem es nicht informierte. Wie zuvor Max Frenkel argumentiert Maximilian Reimann, dass unsichere Flugzeuge nicht in der Schweiz landen dürfen und somit solche, die in der Schweiz landen, als sicher gelten.

In den Augen von Kuno Hämisegger leidet nicht nur der Bund „an der Krankheit der retroaktiven Kommunikation“. Dies sei ein schweizweites Phänomen. Man sei nicht offensiv in Sachen Kommunikation. Am Beispiel des BAZL sehe man wozu dieses „Infoplätschern“ führen könne. In den Medien würden jetzt Länder genannt und nicht die betroffenen Flugzeuge oder allenfalls Fluggesellschaften. Damit sitze plötzlich ein ganzes Land auf der Anklagebank, sagt Kuno Hämisegger. Dies betreffe ihn persönlich, denn er beabsichtige mit einem Kinderchor nach Bulgarien zu reisen – ein Land, wo gemäss Angaben des BAZL solche unsicheren Flugzeuge beheimatet sind. Es sei ihm bewusst, dass die Informationen unvollständig seien und für ihn damit manipulativ. Genauere Informationen müsse er sich offenbar selber beschaffen, um die Eltern seiner Schützlinge zu beruhigen. „Die Information nützt mir nichts, sie schadet mir“, stellt er abschliessend fest.

*"Nicht nur der Bund leidet an der Krankheit der retroaktiven Kommunikation."  
(Kuno Hämisegger)*

„Ist eine zögernde Informationstaktik sinnvoll oder nicht - darüber gibt es offenbar unterschiedliche Auffassungen“, stellt Moderator Urs Leuthard fest. Wenn man die Rede von Bundesratsprecher Achille Casanova so interpretiert, dass jede Kommunikation, die politisch ist, Sache des Bundesrates ist, so hätte das BAZL gar nicht kommunizieren dürfen, sondern nur Departementsvorsteher Moritz Leuenberger oder Achille Casanova selber.

Monika Dusong se pose la question quand une information est purement technique et quand elle ne l'est plus. Quant aux informations du genre politique ou stratégique elle préfère aller au front elle-même car « je suis habituée à la pression. » Si elle va au front c'est pour proté-

ger ses chefs de service, "pour qu'ils puissent travailler toute sérénité" En ce qui concerne les situations délicates elle est d'avis qu'il faut informer activement sur les questions qu'on voit venir.

*"Beim Bund wird etwas zum Thema, wenn der Lärm gross genug ist." (Max Frenkel)*

Für Max Frenkel geht es um die Frage der Grössenordnung. „Beim Bund wird etwas zum Thema, wenn der Lärm gross genug ist. Dann beginnt sich der Bundesrat zu interessieren.“

„War der Lärm nicht genug gross?“ richtet Urs Leuthard die Frage an Max Friedli.

Nach Meinung von Max Friedli "ist jede Information oder Nicht-Information politisch". Er spreche sich jeweils mit dem Departementschef oder dessen Pressestelle ab, welche Informationen über welche Kanäle abgegeben werde. Seiner Meinung nach ist die Tendenz zur Zentralisierung der Information der Ämter „grundlegend falsch“. Es sei auch falsch, Differenzen vor einem Entscheid nicht öffentlich auszutragen. Denn: Die Ämter seien nicht immer gleicher Meinung. Das sei auch richtig so und diene der Transparenz. „Hat der Bundesrat entschieden, dann muss man in die gleiche Richtung gehen.“

*"Jede Information oder Nicht-Information ist politisch". (Max Friedli)*

Martine Brunschwig Graf partage l'avis de Monika Dusong. Pour elle, il est important que les hauts fonctionnaires ne soit pas utilisés comme fusibles. « La séparation entre ce qui est technique et politique doit être clairement établie." Le deuxième point qu'elle aborde sont les différences d'opinion qu'il peut y avoir entre les directions. «Cela arrive aussi dans les cantons." Elle cite le cas d'une école où élèves et professeurs souffrent du froid dans les locaux à 16 degrés et où différents services de l'Etat donnent dans les médias leurs propres commentaires, parfois divergents. Le problème qui se pose: quelle est l'image que l'Etat donne dans un tel cas. "Ce qui intéresse le citoyen, c'est que l'Etat remplisse sa mission."

Moderator Urs Leuthard gibt den Ball nun ans Publikum weiter.

Der bernische Staatsschreiber Kurt Nuspliger meldet sich zu Wort: Er zeigt sich erstaunt, dass die beiden Staatsrätinnen das Öffentlichkeitsprinzip, das sowohl Genf wie Neuenburg kennen, nicht als Argument angeführt haben. Für Kurt Nuspliger ist das Öffentlichkeitsprinzip Voraussetzung für weniger Indiskretionen.

Felix Spahr, Bundeskanzlei, wirft das Thema bezahlte Kommunikation in die Diskussion ein. Bei Kampagnen zu politischen Themen - zum Beispiel Uno-Broschüren - sei schnell der Vorwurf der Manipulation zur Stelle.

Daniele Piazza, correspondant de la TSI au Palais fédéral, rappelle un exemple où une fuite peut être "salutaire". Il évoque le cas du criminel de guerre Kabuga, qui figurait sur une liste des personnes non grata et qui a obtenu un visa pour venir en Suisse. Un haut fonctionnaire de l'administration fédérale avait passé cette information à la presse "pour des raisons morales" avec le résultat qu'il a dû quitter sa place.

Christoph Graf, Direktor Bundesarchiv, erachtet es als müssig, sich über Indiskretionen zu unterhalten. Diese seien Teil einer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Er erachtet im Weiteren die Unterscheidung zwischen Sach- und politischer Information als weitgehend "nutzlos" und "irrelevant."

Martine Brunschwig Graf n'est pas d'accord avec le fait que cela ne soit pas pertinent. Elle revient sur la manipulation ou l'indiscrétion qui vise à faire pression, pas pour un intérêt public mais pour un intérêt privé. «On peut dire et faire des bêtises comme conseillère d'Etat et

on peut être contredit par d'autres avis. C'est la règle démocratique». Mais ce qui est grave pour elle "c'est lorsque que la personne qui glisse une indiscretion est protégée par l'anonymat et que ses intentions n'ont rien à voir avec l'information."

Für Max Frenkel will Manipulation keine Tatsachen in die Welt setzen, sondern die Empfänger zu einem gewünschten Handeln bringen. Die Zahl der Indiskretionen hat seiner Meinung nach parallel zum Wachstum der Informationsstäbe in der Bundesverwaltung zugenommen. "Sollte man diesem Wachstum nicht Einhalt gebieten?" fragt Max Frenkel den Politiker Maximilian Reimann.

Maximilian Reimann erinnert an einen Vorstoss im Parlament, mit dem er den "Wildwuchs" der Informationsstäbe hatte eindämmen wollen - vergeblich. Nun hofft er, dass der Sparkurs im Entlastungsprogramm zu einer Konzentration auf Departementsstufe führt. Ein grosses Fragezeichen stellt für ihn die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips auf eidgenössischer Ebene dar. Dieses Prinzip ist für ihn "ein Kind des Zeitgeistes". Ob damit die Indiskretionen abnehmen, sei fraglich. Mehrarbeit für die Verwaltung und damit eine weitere administrative Aufblähung sei wohl vorprogrammiert.

*"Das Öffentlichkeitsprinzip ist ein Kind des Zeitgeistes." (Maximilian Reimann)*

Im Publikum meldet sich Elsbeth Steiner, Info-Verantwortliche im Sekretariat der Eidg. Ausländerkommission zu Wort. Sie reagiert auf widersprüchliche Feedbacks im Kolloquium, wonach Informationsbeauftragte nicht professionell arbeiteten, zu viel produzierten oder im Gegenteil zu wenig kontinuierlich kommunizierten. Ihr Rezept für die alltägliche Informationsarbeit: "sich mit der Bescheidenheit einer Informationsarbeiterin auf die Ursprungsaufgabe als Dienstleisterin zu konzentrieren". Als Informationsbeauftragte müsse man sich nicht profilieren sondern wieder geben, was in der Verwaltung gemacht wird.

Rudolf Dietrich, Direktor der Eidg. Zollverwaltung, sieht eine Aufgabe der Informationsbeauftragten darin, aufzuzeigen, was die Bundesverwaltung macht und welche Folgen die "von ernstzunehmenden Politikern" geforderten Abbau haben könnte.

Walter P. von Wartburg präzisiert den begrifflichen Unterschied zwischen Information und Kommunikation. Während Information sich auf reine Informationsvermittlung beschränke, beinhalte professionelle Kommunikation zusätzlich einen Überzeugungstransfer. "Professionelle Kommunikation ist Wahrnehmungsmanagement." Die Verwaltung sei dazu da, "respektiert zu werden, und nicht dazu da, geliebt zu werden." Diesen Respekt müsse sie sich "durch das, was sie tut" erobern.

(Max Friedli verlässt die Arena zu diesem Zeitpunkt, um an einer Kommissionssitzung teilzunehmen.)

Gesprächsleiter Urs Leuthard spielt den "Wildwuchs"-Vorwurf von Maximilian Reimann an Oswald Sigg weiter.

"Ich muss leider für das VBS diesen Wildwuchs bestätigen", räumt Oswald Sigg ein. Eine Auflistung der Informationsstabsstellen in seinem Departement habe ergeben, dass im VBS 250 Personen in 127,5 Vollstellen mit Informationsaufgaben im weiteren Sinne beschäftigt seien. Angesichts der Qualität des Outputs sei dies zu viel. "Wir sind daran, eine Verzichtplanung umzusetzen." Oswald Sigg betont aber, dass andererseits mit verstärkter Kommunikation und mit dem Wachstum der Kommunikationsstäbe auch das Vertrauen in die Behörden zugenommen habe. Im Rating der ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik zum Thema Vertrauen in die Institutionen rangiert 2003 die Polizei an erster Stelle, an dritter Stelle die Armee und an vierter Stelle der Bundesrat. Den letzten Platz belegten die Medien.

Monika Dusong affirme que dans les cantons on a souvent l'impression "d'être submergé" d'informations. En face de "tout ce qui sort le mercredi de la Confédération: "nous avons résisté jusqu'ici à employer quelqu'un pour trier tout cela".

Kuno Hämisegger warnt vor einer Abbauspirale. Es sei nicht damit getan, den Bund in seiner Informationsarbeit zu beschneiden. "Wir brauchen eine hochwertige und professionelle staatliche Kommunikation."

Martine Brunschwig Graf veut davantage examiner la mission qu'on donne à l'information. Elle voit une tentation de désinformer un parlement ou le public en le noyant avec beaucoup d'informations. La question se pose sur la valeur de l'information. Comme Monika Dusong, elle constate qu'il y a un flot mais pas suffisamment de capacités de traiter l'information.

In den Kantonen und auf dem Podium herrsche offenbar Einigkeit, fasst Urs Leuthard zusammen. "Es gibt zu viele Leute, die kommunizieren".

Diese Aussage weckt Widerspruch im Publikum. Für Felix Spahr, Bundeskanzlei, darf von den Zahlen des VBS nicht auf die gesamte Verwaltung geschlossen werden. Auch müsse man die Grössenordnungen im Vergleich mit Unternehmen im Auge behalten.

Nicole Klee, Heer, will die Begriffe Kommunikation und Information noch weiter differenzieren. Ihr fehlt in der Diskussion die "dialogische Kommunikation", welche die Bedürfnisse des Gegenübers auch einbezieht.

Für Walter P. von Wartburg sollten gute Kommunikationsverantwortliche "Enabler" (Ermöglicher) sein. "Sie sollten es möglich machen, dass die Leute, die kommunizieren, dies auch richtig tun." Ein kluger Kommunikationsmensch erscheine selbst nicht in den Medien, sondern präpariere und instruiere die zuständigen Chefs so, dass die Botschaft ankommt.

Ulrich Sieber, Bundesamt für Verkehr, erachtet die Frage nach der Zahl der Informationsbeauftragten nicht nur "als völlig falsch gestellt" sondern auch als "ungerecht gegenüber jenen, die sich tagein tagaus mit der Kommunikation beschäftigen". Am Anfang der Analyse müsse die Diskussion der Aufgaben stehen. Weiter sieht er die Trennung von Information und Kommunikation als "längstens obsolet". Drittens schlägt er als Sparmassnahme vor, auf die "enorm teuren externen Berater" zu verzichten. "Lassen Sie den gesunden Menschenverstand walten", appelliert er ans Publikum.

Max Frenkel zeigt sein Verständnis von Manipulation am Beispiel einer DEZA-Broschüre auf, die dem Parlament als Ergänzung zur bundesrätlichen Botschaft eine Aufstockung des Entwicklungshilfe-Kredits schmackhaft machen wollte. Stein des Anstosses ist für Frenkel die Tatsache, dass die angebehrte Erhöhung in der Broschüre "verschleiert" worden sei. Die Zahl werde in der Broschüre mit keinem Wort erwähnt, sondern bloss in Prozenten des Bruttozialproduktes ausgedrückt. "Das nenne ich Manipulation."

Für Maximilian Reimann ist eine solche Vorgehensweise zur Einflussnahme letztlich kontraproduktiv. Im Übrigen hätten die Parlamentsmitglieder gar nicht Zeit, solche Broschüren zu lesen. Die von Max Frenkel erwähnte Broschüre sei auch an alle Schweizer Gemeinden verschickt worden - mit entsprechenden Reaktionen. Die Gemeinde Obersiggenthal AG beispielsweise habe die Sendung an den Bund refusiert, mit der Bemerkung, "dieses Geld gescheiter einzusparen, solcher Informationsgehalt für Gemeindeverwaltungen nutzlos".

Martine Brunschwig Graf insiste qu'il faut distinguer. "Finalement il y a toujours un contrôle social ou parlementaire." Elle souligne l'importance d'une loi sur l'information qui donne la vraie valeur au travail de l'Etat et qui constitue pour l'administration un bon moyen de se positionner. "Paradoxalement cela peut aussi freiner l'apparition des brochures parce que les

rapports sont immédiatement accessibles par Internet". Cela évite selon Martine Brunshawig Graf toutes sortes de soupçons et aide à créer une culture de l'information correcte.

Monika Dusong revient sur l'exemple de la brochure de la DDC évoqué par M. Frenkel. Elle y voit plutôt un souci de marketing et pas une manipulation.

"Wo also fängt Manipulation an?", will Gesprächsleiter Urs Leuthard wissen.

Josefa Haas sieht den Vorwurf der Manipulation dann als erfüllt, wenn Fakten verändert oder in nicht korrektem Zusammenhang dargestellt werden, mit der Absicht, die Realitäten zu verwischen und eine bestimmte Position zu diskreditieren. "Dies hat nichts mit fairer Überzeugungsarbeit zu tun

Kuno Hämisegger kann dem Begriff Manipulation "nicht viel Gefahrenpotenzial abringen". Er zieht es vor, zwischen qualitativ hoch- und minderwertiger Information zu unterscheiden. Das Problem sei, dass die Medien nicht mehr fähig seien, den grossen Informationsfluss zu bewältigen und die Medienkonsumierenden sachgerecht zu informieren.

"Man kann auch mit der Wahrheit manipulieren" insistiert Max Frenkel. Dies zeige das Beispiel der DEZA-Broschüre deutlich. Der Inhalt der Broschüre sei wahr, trotzdem werde die effektive Zahl des Kredites verheimlicht.

Für Maximilian Reimann liegt Manipulation dann vor, "wenn die Meinung eines Politikers beeinflusst werden soll." Nebst den bezahlten Berufslobbyisten versuchten dies zunehmend auch "vom Staat bezahlte" Nichtregierungsorganisationen, "die in Briefen auf die Tränendrüse drücken." Ein weiteres Beispiel der Manipulation wittert Maximilian Reimann in gewissen Sendungen des Schweizer Fernsehens, in denen am Vorabend von Parlamentsentscheidungen "schwarz-weiss" gemalt werde.

Kuno Hämisegger sieht seine Rolle als Lobbyist nicht darin, das Parlament zu beeinflussen. "Das ginge weit über meine Kräfte hinaus." Was er versuche sei, mit qualitativ hochwertiger Information zu arbeiten.

Martine Brunshawig Graf ne trouve pas que les lobbyistes sont des manipulateurs - à condition qu'ils soient transparents en portant leur étiquette. "Pour pouvoir défendre une cause je veux connaître les différentes positions." Elle revient en outre sur les propos de Max Frenkel par rapport à la brochure de la DDC et défend la légitimité des chiffres en pourcentages. "L'aide au développement est toujours formulée depuis des années en pourcents du produit intérieur brut. C'est un chiffre de référence."

Für Josefa Haas ist klar: "Letztlich geht es darum zu überzeugen." Von Politikerinnen und Politikern dürfe man erwarten, dass sie mit Informationen umgehen können. Die andere Frage sei, wie man in die Medien komme: "Dies ist ein Aushandlungsprozess, ein Wettbewerb, an dem sich alle beteiligen." Dabei haben Medien laut Haas auch die Aufgabe, sensible Themen zu eruieren und herauszufinden, was der Bevölkerung "unter den Nägeln brennt". Medien spielen die Rolle eines Seismographs und eines Monitorings für die Politik.

Zur Manipulation brauche es immer zwei Seiten, unterstreicht auch Walter P. von Wartburg und weist noch auf einen weiteren Punkt hin. "Wir leben in einer Wissensgesellschaft, in der a) Wissen produziert und b) Wissen vermittelt wird." Die Wissensvermittlung sei aber doppelt so teuer wie die Wissensgenerierung. Das gelte für alle Bereiche. Seine Schlussfolgerung: "Wissen, das nicht vermittelt wird, ist wertlos."

Gesprächsleiter Urs Leuthard lädt das Publikum zu letzten Reaktionen ein.

Pierre-Alain Rumley, Office du développement, entend faire une remarque "philosophique" sur le point de départ de la discussion. "Pourquoi a-t-on besoin si rapidement des informations?" Par rapport à la "liste noire" de l'aviation, il comprend que l'Office aurait eu besoin de temps pour examiner la situation. Il ne voit pas toujours la nécessité de savoir tout dans l'immédiat

Johannes Matyassy, Präsenz Schweiz, outet sich als einer der "Täter", der dem Parlament Broschüren liefert, "aber auch liefern muss". Es sei angesichts der widersprüchlichen Kritiken nicht immer einfach, das richtige Mass zu finden. Angesichts des aktuellen "brutalen Verteilungskampfes" sei es verständlich und legitim, dass die Ämter die eigene Tätigkeit in Erinnerung rufen wollten.

Heinz Keller, Bundesamt für Sport, präzisiert, dass sein Amt von den 127,5 Informations-Vollzeitstellen im VBS nur 1,5 Stellen beansprucht. Als Amtsdirektor steht er vor der Aufgabe, innerhalb drei Jahren 37% der Bevölkerung, die sich nicht bewegen, zu einer sportlichen Betätigung zu bringen. "Ich habe die Möglichkeit einer Broschüre, einer Kampagne oder die Möglichkeit, Vorträge zu halten, was empfehlen Sie mir?", will Heinz Keller von den Arena-Teilnehmenden wissen.

Diese ermutigen Heinz Keller, in seiner Vortragstätigkeit fortzufahren und weiterhin mit gutem Beispiel voranzugehen. Angesichts seiner Überzeugungskraft brauche er keine Kommunikationsbeauftragte, meint etwa Monika Dusong. Skeptisch ist einzig Max Frenkel. "Machen Sie Ihrem Departementschef klar, dass es gewisse Dinge gibt, die man mit Kommunikation und Information nicht ändern kann." Das sieht Martine Brunschwig Graf anders und lanciert einen abschliessenden Werbespot ans Publikum: "Bougez-vous 30 minutes par jour!"